

KONZERNE ODER KOMMUNALUNTERNEHMEN

WER SOLL DIE ENERGIEWENDE MACHEN?



Bild 1: Andreas Engl in seinem Solarfeld

Für kleine Landgemeinden sind Energiewende und Digitalisierung große Herausforderungen. Eine mögliche Lösung: sich zum Regionalwerk auf Landkreisebene zusammenschließen. Hierzu erarbeitet ein Projektkonsortium mit dem bayerischen Unternehmer Andreas Engl als Motor zurzeit eine „Blaupause“. Das Regionalwerk soll die Akzeptanz von Energiewendeprojekten erhöhen, Wertschöpfung in der Region halten und zum Schlüsselakteur für regionale Energiemärkte werden.

Andreas Engl ist zurzeit viel in Bayern unterwegs. Er berät 30 Landkreise, die ein Regionalwerk gründen wollen oder die zumindest an seinem Konzept eines „Stadtwerkes für die Landkreismunicipalitäten“ interessiert sind. An einem Mittwochabend im Frühjahr führt ihn der Weg ins Unterallgäu: „Die Energiewende muss gemacht werden“, sagt der Niederbayer in der Festhalle von Westerheim. Während das feststeht, stelle sich die Frage: „Wer macht die Energiewende? Machen es Investoren und Konzerne oder machen es wir vor Ort. Die Netze werden immer voller. Wer am schnellsten ist, bekommt einen Netzanschlusspunkt und kann einspeisen. Wenn wir uns nicht rechtzeitig entscheiden, ist der ‚Claim‘ für

die nächsten 20 Jahre besetzt. Wir sollten nicht warten, bis die großen Player kommen und die Energiewende nach ihren Prämissen gestalten.“

Engl stößt hier auf offene Ohren. Die Allgäuer Gemeinden bekommen in letzter Zeit viele Anfragen nach Flächen, vor allem für Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Der Kreis Unterallgäu ist aber ohnehin schon sehr weit in der Energiewende: Ein Teilgebiet ist bereits als Modellregion untersucht worden. Im Landratsamt gibt es eine Klimaschutzstelle und der Kreis verantwortet die Kampagnen Solaroffensive und Wärmeoffensive. Nach zwei Anträgen im Kreistag und einer Bürgermeisterbesprechung ergriff Landrat Alex Eder die Initiative, um das Regionalwerk-Konzept allen Gemeinderäten der 52 Kommunen des 150.000-Einwohner-Landkreises vorzustellen. „Das Thema Energie hat wahnsinnig Fahrt aufgenommen“, sagt Eder, „wir haben uns die Frage gestellt, wie wir ein Maximum der Wertschöpfung in der Region halten können.“ Rund 200 Ratsmitglieder kamen nach Westerheim und weitere 150 schalteten sich dem Onlinestreaming zu.

Schon im Jahr 2017 hatte Engl (Näheres zur Person siehe Kasten) die Regionalwerke als Energie-Startup in seinem

Heimatlandkreis Landshut gegründet. Seitdem entwickelt er Geschäftsmodelle für eine nachhaltige Bürgerenergie. Auf der Suche nach einem Direktvermarkter wurde ihm die Schlüsselrolle von Stadtwerken bewusst. Über das Netzwerk Heimatunternehmen kam er mit der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Kontakt und ergatterte eine Projektförderung. So konnte er in Kooperation mit der Kanzlei Becker Büttner Held aus München und dem Softwareunternehmen Consolinno Energy aus Regensburg das Konzept eines Regionalwerks als gemeinsames Kommunalunternehmen ausarbeiten.

In Westerheim erklärt Engl am Beispiel des Kreises Landshut: „Es ist sinnvoller, ein gemeinsames Regionalwerk zu gründen als 34 einzelne Gemeindewerke – und wenn ein Regionalwerk, dann ein digitales Regionalwerk.“ Er wirft einen Blick zurück auf die dramatischen Verhältnisse an der Strombörse, als im August letzten Jahres der Strompreis auf knapp einen Euro stieg. Versorgungssicherheit könne laut dem 37-jährigen „nur über den Preis definiert werden“. Das Ziel von privatwirtschaftlichen Unternehmen sei ein möglichst hoher Preis. „Konzerne denken nicht gemeinwohlorientiert. Sie wollen Gewinne machen, nicht die Region nachhaltig entwickeln“, gibt Engl zu bedenken. Bei einem Kommunalunternehmen könne dagegen die Bevölkerung dank nur moderater Gewinnerzielungsabsicht zu günstigen Konditionen mit Strom, gegebenenfalls aus eigener Erzeugung, und Wärme versorgt werden. Außerdem ließen sich mit Einnahmen aus der Energiewende andere Bereiche querfinanzieren, wie etwa der soziale Wohnungsbau, Kultur, Natur und Freizeit.

Ein Regionalwerk als gemeinsames Kommunalunternehmen biete Engl zufolge den Eigentümer-Gemeinden völlige Entscheidungsfreiheit, welche Geschäftsbereiche aufgebaut werden sollen: Das können privatwirtschaftliche Aufgaben sein, wie Energie, Nahversorgung oder Breitband-Internet, aber auch kommunalhoheitliche: zum Beispiel öffentlicher Nahverkehr, Maschinenpark, Bäderbe-



Bild 2: Engl nach der Präsentation im Gespräch mit Unterallgäuer Gemeinderäten.

trieb oder Straßenbeleuchtung. Die Gemeinden könnten frei wählen, welche Dienstleistungen aus dem Gesamtpaket des eigenen Regionalwerks sie in Anspruch nehmen wollen.

Favorit AöR

Dann beleuchtet Rechtsanwältin Christine Wenzl von Becker Büttner Held die rechtlichen Aspekte: Gemäß der Bayerischen Verfassung gehöre die Energieversorgung zu den originären Aufgaben der Kommunen. Im Bereich Energieerzeugung seien mit Einführung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes neben Gemeinden auch Landkreise zulässig. Damit sei ein Regionalwerk auf Landkreisebene legitimiert. Bei der Unternehmensform favorisiert Wenzl eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR): „Es soll ein rein kommunaler Zusammenschluss sein, der rein kommunale Interessen vertritt. Eine Beteiligung von Privatunternehmen soll auf Ebene der AöR nicht erfolgen.“ Falls Know-how oder Leistungen von außen benötigt würden, könne das zum Beispiel über Dienstleistungsverträge geregelt werden. „Auf lange Sicht können wir hoheitliche Aufgaben übertragen“, sagt die Anwältin. Als Beispiele nennt

sie Straßenbeleuchtung, Abwasser und Klärschlamm. Diese Tätigkeiten könnten so ausgestaltet werden, dass sie im Einzelfall nicht der Besteuerung unterliegen. Außerdem sei eine AöR grundsätzlich flexibler als ein Zweckverband, unter anderem weil dem Vorstand höhere Entscheidungskompetenz eingeräumt werden könne.

Für Projektgesellschaften als Regionalwerks-Töchter schlägt Wenzl vor, eine GmbH & Co. KG zu gründen. „Hier können auch Bürger oder Unternehmen beteiligt werden. Man braucht zwar zwei Gesellschaften, eine Komplementär-GmbH und die KG, langfristig ist man aber deutlich flexibler, was die Beteiligung neuer Gesellschafter betrifft, weil dann kein Notar mehr gebraucht wird. Das Projektrisiko kann auf die einzelne Projektgesellschaft begrenzt werden. Mindestens 51 % an den Projektgesellschaften sollen vom Regionalwerk gehalten werden. Jede Kommune kann entscheiden, ob sie an einem bestimmten Projekt teilnehmen will oder nicht.“

Wie Engl empfiehlt auch Wenzl, mit einem Geschäftsfeld zu starten, das wirtschaftlich ist. Hier stehe die Erzeugung von Erneuerbaren Energien hoch im Kurs. Engl nennt mit der Energiegesellschaft Bernkastel-Wittlich in Rheinland-Pfalz ein erfolgreiches Beispiel einer regionalen AöR, die einen Windpark mit 15 Anlagen umgesetzt habe. Er rät, prioritär in die Projektierung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu gehen: „Geld, das hier verdient wird, kann dem Kind Regionalwerk in die Wiege gelegt werden und dann kann es wachsen.“ Ein weiteres Thema mit Priorität seien die Nah- und Fernwärmeversorgung. Wenzl ergänzt, dass bei Etablierung eines Regionalwerkes eine Vertriebs GmbH zur Stromvermarktung aufgebaut werden könne, falls es sich anbiete in Kooperation mit einem

Stadtwerk oder einer Bürgerenergiegenossenschaft.

Regionalwerks-Orga

Wie agiert und entscheidet eine Regionalwerk AöR? Grundsätzliches werde laut Wenzl in der Satzung festgelegt und das laufende Geschäft von einem Vorstand geführt. Die beteiligten Kommunen sind in einem Verwaltungsrat vertreten, in der Regel mit dem Bürgermeister. Dieses Gremium entscheidet über die Aufnahme von Geschäftsbereichen und die Entwicklung von Projekten, zum Beispiel mit einfacher oder Zweidrittel-Mehrheit. „Hier ist man sehr flexibel in der Ausgestaltung“, so Wenzl. Hinsichtlich der Stimmverteilung respektive Beteiligung seien zum Beispiel das Prinzip „one man, one vote“ (jede Gemeinde hat eine Stimme) oder eine Aufteilung nach Einwohnerzahlen möglich.

„In vielen Kommunen sind derzeit Projektentwickler unterwegs, um sich Flächen für Projekte zu sichern“, berichtet Wenzl. Die Kommunen müssten aktiv vorangehen und dürften sich nicht alle Flächen in ihrem Gebiet wegschnappen lassen. Ein kommunales Standortkonzept und Flächensicherungsverträge seien hier geeignete Instrumente. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Flächen in das kommende, kommunale Konstrukt übertragen werden dürfen. Auch für die Netzbetreiber sei ein kommunales Standortkonzept von Vorteil: „Das hilft ihnen beim Netzausbau“, weiß die Kommunalrechts-Expertin.

„Netze sind nicht nur das Nadelöhr der Energiewende. In der Stromnetz-Infrastruktur steckt viel Datenmacht“, sagt Engl. Wer die Daten habe, könne die Energiewende modellieren und herausfinden, wo es an Erzeugung fehle oder wo ein Elektrolyseur hingehöre. „Der bayerische Wirtschaftsminister möchte in jedem Landkreis einen Elektrolyseur haben. Wer soll den betreiben: das Regionalwerk, wer sonst?“ Für Engl sind Regionalwerke ein Schlüsselakteur für regionale Energiemärkte, die für das Gelingen der Energiewende gebraucht werden. „Der kurze, erneuerbare Weg muss Preisvorteile schaffen“, meint der Entwickler. In diesem Zug müsse auch die Flexibilität von Biogasanlagen mit vergütet werden. Zur Förderung von Anbietern von Biogasanlagen, die als Ausgleichsenergie im regionalen Energiemarkt ungemein wichtig seien, regt er Online-Plattformen für Reststoffe an, was bis zur GIS-gestützten „Gülle-Suchmaschine“ reichen könne. „Der regionale Energiemarkt muss wie ein ‚Energiewendeorchester‘ funktionieren“, unterstreicht Engl. Dabei habe jeder Musiker seine spezifische Funktion. Dirigent könne ein System mit künstlicher

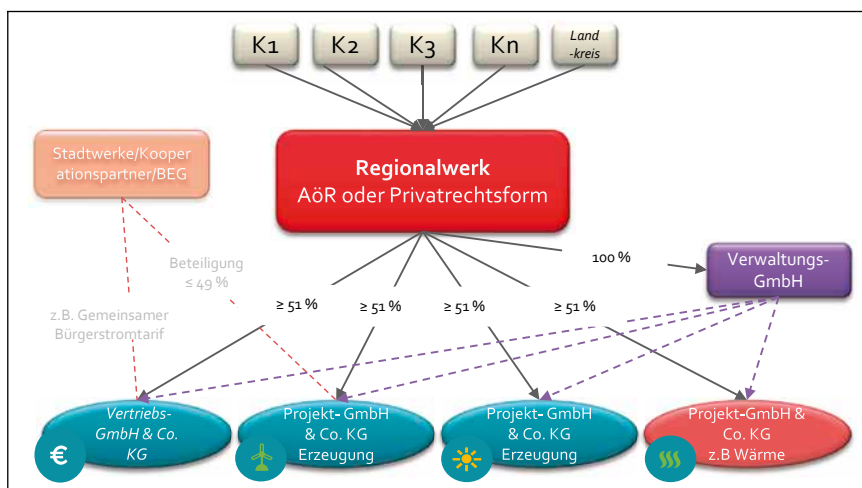


Bild 3: Muster-Organisationsstruktur eines Regionalwerks, die auf den individuellen Einzelanpassungen ist.

Intelligenz sein, das sich wiederum im Eigentum eines Regionalwerks befinden müsse.

Digitale Dienstleister

Zurzeit entwickelt Engl das Regionalwerks-Konzept in Zusammenarbeit mit Software-Unternehmen weiter zum digitalen, „virtuellen Gemeindegewerk“: Es sollen „Plattformlösungen“ mit verschiedenen Tools entstehen, die als Blaupausen von allen Gemeinden genutzt werden können. „In Zukunft könnten auch Bürger, Vereine und Unternehmen in das System einsteigen. Per App den digitalen Behördengang durchführen, regionale Produkte oder überschüssige Energie der Photovoltaikanlage vor Ort vermarkten – all das ist möglich. Stadt- und Regionalwerke müssen digitale Dienstleister werden“, stellt Engl klar. Als Beispiel nennt er die Stadtwerke Haßfurt, die ein Rechenzentrum betreiben, das auch den Unternehmen der Region dient: Diese können ihre Daten so vor Ort abspeichern anstatt bei Großkonzernen aus Übersee.

„Alle Bürger der Region werden zu gleichen Teilen beteiligt. Das ist das Schöne“, fasst Engl die wichtigsten Vorteile eines Regionalwerks zusammen. Eine Genossenschaft sei zwar auch eine super Sache, aber man müsse sich den Genossenschaftsanteil leisten können. „Beim Kommunalunternehmen ist jeder Bürger per Geburt Eigentümer, egal ob reich oder arm.“ Eine riesen Chance sei ein Regionalwerk für kleine Gemeinden,

wo es oft an Kapazitäten und Know-how fehle. „Gemeinsam ist man stärker. Gewinne fließen nicht ab, sondern bleiben in der Region. Es gibt einen vertrauensvollen Ansprechpartner: zum Beispiel für den Betreiber einer EEG-Anlage, die aus der Vergütung fällt, und bei dem sich die Frage stellt: Wer nimmt den Strom ab?“ Die Direktvermarktung von Regenerativstrom, vor allem von Post-EEG-Anlagen, sei ein wichtiges Feld für das Regionalwerk. Dieses sei auf sein Gebiet beschränkt. Deshalb werde ein Austausch unter den Regionalwerken angestrebt und auch eine gemeinsame Forschung und Entwicklung. Engl: „Wenn einer eine gute Idee hat, entwickeln wir sie ein einziges Mal und trommeln alle Regionalwerke zusammen, damit alle sie vor Ort anbieten können.“

Wie sieht es mit Kosten und Risiken aus? Als kritische Mindestgröße nennt Engl zunächst fünf Gemeinden, die sich bereit erklären müssen, in eine Geschäftsplanung für das Regionalwerk einzusteigen. Hier sei mit Kosten von rund 10.000 Euro pro Gemeinde zu rechnen. Die Geschäftsplanung dauere drei bis vier Monate. Sie enthalte die Geschäftsbereiche, Umsatzprognosen und die erforderliche Einlagenhöhe. Die Einlage gliedere sich in eine für alle Gemeinden gleich hohe Stammeinlage sowie eine Bareinlage entsprechend der Einwohnerzahl und der gewünschten Geschäftsbereiche. Die finale Einlagenhöhe könne mit etwa 10 bis 20 Euro pro Einwohner beziffert werden.

Sobald die Geschäftsplanung stehe und die Kosten prognostiziert seien, müsse die Gemeinde entscheiden: „Sind wir dabei oder nicht.“ Zur Gründung werde mindestens ein Mitarbeiter benötigt, der gemeinsam mit Dienstleistern die Projektentwicklung im Bereich der Energiewende übernehme. Engl empfiehlt jedoch ein Team von drei bis fünf Mitarbeitern. Entsprechend der Geschäftsentwicklung könnten zu gegebener Zeit weitere Mitarbeiter eingestellt werden.

Der Unterallgäuer Landrat Alex Eder hofft nun, dass sich in seinem Landkreis mindestens fünf Gemeinden für den ersten Schritt finden lassen. Einige Workshops und Wochen später sind es dann sogar 30 Unterallgäuer Kommunen, die sich zum Einstieg in die Geschäftsplanung für ein Regionalwerk bereit erklärt haben. Laut Sandra ten Bulte von der Klimaschutzstelle am Landratsamt würden im Rahmen der Planung nun erste Projektideen gesucht und das rechtliche Konstrukt geprüft. Sobald der Geschäftsplan vorliegt, gehen die Gemeinden wieder in ihre Gremien und dann fällt die Entscheidung, ob und in welcher Stärke ein Unterallgäuer Regionalwerk aus der Taufe gehoben wird.

ZUM AUTOR:

► Christian Dany

Freier Journalist im Themenkomplex Landwirtschaft, Umwelt und Erneuerbare Energien

christian.dany@web.de

Zur Person: Andreas Engl

Andreas Engl ist so etwas wie ein Energiewende-Tausendsassa: Der Niederbayer aus Bodenkirchen im Kreis Landshut hat schon mehrere außergewöhnliche Projekte bearbeitet und Unternehmen gegründet. Im Mittelpunkt steht bei ihm immer ganzheitliches Denken, Ökologie und eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand. Die Grundlagen für seine Tätigkeiten legte er mit einem Studium der Landschaftsarchitektur (Bachelor) und des Energiemanagements (Master). Diese Ausbildung war genau richtig, um 2012 – auf einem Feld seines Großvaters – eine Freiland-Solaranlage zu bauen. „Die Anlage ist heute mit über 550 dokumentierten Tier- und Pflanzenarten die umweltfreundlichste Solaranlage Bayerns“, sagt Engl. Auf dem Gelände gebe es neben Weideschafen auch Eidechsen und Bienen sowie neben der Anlage einen Weiher.

Aus der Idee einer Energiewende im Einklang mit der Natur entstand das Forschungsprojekt EULE (Evaluierungssystem für eine umweltfreundliche und landschaftsverträgliche Energiewende) und

daraus ein ökologisches Auditsystem für Solarparks, das Engl zufolge mittlerweile alle Naturschutzverbände und auch das Bundesamt für Naturschutz aktiv bewerben. Darüber hinaus macht er eine „Solarfeld-Beratung“: „Wir wollen eine Alternative zu externen Investoren anbieten“, sagt der Energiewender, „dabei helfen wir Grundstückseigentümern, ihr eigenes Solarfeld auf dem eigenen Grundstück realisieren zu können.“

Schnell fand Engl Mitstreiter für eine Regionalisierung der Energiewende: So wie Landwirte sich zu einer Milchgenossenschaft zusammenschließen, gründete Engl gemeinsam mit anderen EEG-Anlagenbetreibern die „Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern eG“ – eine Genossenschaft für Energiewirte. In der EEB eG sind Photovoltaik-, Biogas- und Windkraft-Anlagenbetreiber organisiert. Um die Wertschöpfungskette vom Erzeuger zum Verbraucher zu schließen, hob er die Regionalwerke GmbH & Co. KG im Kreis Landshut aus der Taufe, die er als gemeinsame Servicegesellschaft für

jedes Regionalwerk zur Verfügung stellen möchte.

Die Regionalwerke waren an dem zweijährigen Bundes-Forschungsprojekt „Smart Energy Communities“ SMECS beteiligt. Da für eine regionale Versorgungswirtschaft mit lokalem Grünstrom, dem Local Green Grid, immer noch ein digitales Assistenzsystem fehlt, wurden in SMECS die Möglichkeiten von datenbasierten Smart Services und IT-Plattformen im Zusammenspiel mit Kooperationskonzepten untersucht. Dabei wurden auch Blockchain-Verfahren für lokale Stromherkunftsnachweise entwickelt und erprobt. Die Entwicklung von Regionalwerken auf Landkreisebene und von virtuellen Gemeindegewerken im Auftrag der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung dauert noch an. „Unser Ziel ist, in jedem Landkreis Bayerns und dann auch darüber hinaus ein Landkreiswerk zu gründen. Landkreiswerke haben den ausschließlichen Fokus auf die Region vor Ort, was auch die Akzeptanz steigert“, betont Engl.